

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.09.2013
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Täschner übernimmt bis zum Eintreffen von Oberbürgermeister Oberdorfer die Leitung des Verwaltungsausschusses.

Die 41. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Täschner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, in Vertretung von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung der 41. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.09.2013

Bürgermeister Täschner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 40. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 04.09.2013 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen

2. Verschiedenes

Stadtrat Hansjoachim Weiß, Vorsitzender der CDU-Fraktion, spricht das Thema Abfallentsorgung an und weist darauf hin, dass dazu ein Stadtratsbeschluss gefasst wurde. Der Beschluss der im Kreistag gefasst wurde, war ein anderer als vorgesehen.

Er übergibt Bürgermeister Täschner ein Schreiben betreffs „Anregungen und Fragen Abfallentsorgung auf Grund des Kreistagsbeschlusses vom 26.09.13“ mit der Bitte um Weiterleitung an Oberbürgermeister Oberdorfer.

Das Schreiben hat folgenden Inhalt:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, nachfolgendes unbedingt zu veranlassen, denn aus Erfahrung des 1. Halbjahres kommt der Landkreis auf die Stadt nicht automatisch zu.

1. Da im Kreis derzeit die Gebührensatzung für den Altkreis und die Stadt Plauen für 2014 – 18 erarbeitet werden, wäre es aus unserer Sicht notwendig, dass die Stadt dem Kreis seine fachliche Mitarbeit konkret anbietet. Darüber hinaus sollte bereits frühzeitig auf bekannte unterschiedliche Auffassungen (z. B. Fehler oder andere Daten) aus den bisherigen bekannten Unterlagen hingewiesen werden.
2. Die Stadt sollte darauf drängen, dass – wie von mehreren Kreisräten im KT gefordert – die beiden Müllausschüsse gemeinsam tagen, um anstehende Aufgaben, wie Gebührensatzung und anderes zu klären, und zwar bevor die Unterlagen fertig sind und veröffentlicht werden.

3. Die Stadt Plauen sollte alles unternehmen, dass ab dem 01.01.2014 die AEP weiterhin die Abfallentsorgung der Bürger Plaueus durchführt und nicht die KEV.
4. Immer wieder wird seitens des LK behauptet, das die Vertreter der Stadt Plauen in die Entscheidung z.B. die Erhöhung der überproportionalen und von der Kalkulation (Altkreis und Stadt Plauen) stark abweichenden Erhöhung (ca. 110 €/t auf ca. 180 €/t Restmüllkosten) eingebunden waren. Wann wurden die Entscheidungen und in welchem Gremium getroffen und welche Plauerer Vertreter waren daran beteiligt?

Stadtrat Weiß erklärt, dass heute ebenfalls die Anfragen an das Landratsamt ergingen: Wann wurden die Entscheidungen und in welchem Gremium getroffen und welche Plauerer Vertreter waren beteiligt?

Stadtrat Weiß erläutert und begründet den Inhalt des Schreibens und würde Oberbürgermeister Oberdorfer bitten, die Fragen zu beantworten und Weiteres zu veranlassen.

Er vertritt die Auffassung nicht zu warten, sondern auf den Landkreis zuzugehen.

Wenn man gemeinsam etwas erreichen will, muss man es auch konkret diskutieren. Es ist von beiderseitigem Interesse.

Vom Landkreis wird immer wieder behauptet, die Vertreter der Stadt Plauen waren in die Entscheidung eingebunden. Der Landrat hat im Kreistag und in der Presse informiert, im neuen Jahr wird über den Antrag der Stadt Plauen beraten. Vorher sollte man versuchen, die Grundlagen aufzuarbeiten.

Ferner weist Stadtrat Weiß darauf hin, dass die Unterdeckung nicht aufgrund des Systems entstanden ist, sondern die Insolvenz der DSG vermieden werden sollte.

Herr Uwe Geisler, sachk. Einw., spricht die geänderte Vorfahrtsregelung an der Kreuzung Bahnhof- und Plauensche Straße im Zuge der Sanierung der Bahnlinie/des Brückenbaus in Jöbnitz an. Bereits der Ortschaftsrat hatte in der Stadtverwaltung/Ordnungsamt versucht, dass man die Vorfahrtsänderung rückgängig macht - leider ohne Erfolg. Die Kreuzung ist schwer einsehbar und es handelt sich um einen Schulweg.

Herr Sárközy, Bürgermeister GB II, wird sich mit dem Ortschaftsrat Jöbnitz und dem FB Sicherheit und Ordnung nochmals in Verbindung setzen und möglichst eine einvernehmliche Klärung herbeiführen.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil werden Stadträtin Michaele Wohlrab, Fraktion DIE LINKE., und Stadtrat Rainer Maria Kett, Vorsitzender der SPD-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

Plauen, den

Plauen, den

Uwe Täschner
Bürgermeister

Michaele Wohlrab
Stadtrat

Plauen, den 15.10.2013

Plauen, den

Winkler
Schriftführer

Rainer Maria Kett
Stadtrat